Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (KR/WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ohnmächtige Justiz: Wie der Staat die Finanzkrise ein zweites Mal verliert
2. Finanzkrise stellt eine ganze Generation ins Abseits
3. Schäuble zur Euro-Rettung: “Die deutsche Haftung beträgt … “
4. Lucas Zeise: Rettung für spanische Banken
5. Millionen beteiligen sich an Generalstreik in Spanien
6. Fiskalpakt: SPD-Troika präsentiert gemeinsame Position
7. Sparen kommt teuer – und gefährdet Mensch und Leben: Das Beispiel kommunale Infrastruktur
8. Blaue Karte soll den Zuzug ausländischer Akademiker erleichtern
9. Hartz IV Regelsatz 511 Euro
10. Streit um das Bildungspaket: Statistik gegen Statistik
11. Herausforderung Energiewende: Fördergelder fließen – aber zu wenig in die Entwicklung
12. Produktion von iPhones: 61 Wochenstunden am Produktionsband
13. Die instrumentalisierte Zukunftsangst: Gesetzliche oder private Rentenversicherung, wer hat den Nutzen?
14. Brandbrief der Chefärzte der Rhön- Uniklinika Marburg Gießen im Original
15. Sozialistisches Ergebnis für FDP-Hoffnungsträger Lindner
16. Marketing an Schulen: Fitmachen für die Verwertungskette
17. “Gefährlicher als Werbung”
18. Gute Noten für Niedersachsens Hochschulfinanzierung
19. Bildung ohne Reibach!
20. Verleumdete Journalisten: Von Drohung bis Rufmord
21. Unterbezahlt und hoch gefährdet: Leiharbeiter im französischen Atompark
22. Das mühsame Ringen um die Ghettorenten
23. Zu guter Letzt: Was machen eigentlich die Wulffs?

***Vorbemerkung:*** *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ohnmächtige Justiz: Wie der Staat die Finanzkrise ein zweites Mal verliert**

Vor vier Jahren stand die Wirtschaftswelt am Abgrund, weil Manager die Renditen der Geldinstitute in unverschämte Höhen trieben. In den USA wurden wegen der Finanzkrise 2008 schon 50 Finanzmanager verurteilt, in Deutschland bis heute erst ein Prozess eröffnet.
Es geht um Milliarden, aber die Staatsanwaltschaften hierzulande sind heillos unterbesetzt und unterfinanziert. Während sich die Finanzmanager ein ganzes Heer von Rechtsanwälten leisten, die zudem hoch spezialisiert sind, ringen Staatsanwälte hier um das Nötigste. Zufall oder Absicht?
Die meisten deutschen Prozesse aus der Finanzkrise betreffen die Landesbanken, in deren Aufsichtsgremien die politische Elite sitzt.
Quelle: WDR

2. **Finanzkrise stellt eine ganze Generation ins Abseits**
   Weltweit schlägt sich die Krise besonders heftig auf dem Arbeitsmarkt nieder. Vor allem junge Leute finden keine Jobs. Und das trotz guter Ausbildung und Universitätsabschluss.
   Quelle: WELT

   ***Anmerkung KR:*** *Eine Übersicht über die Jugendarbeitslosigkeit in neun Ländern. Dass die Verhältnisse in Deutschland als „paradiesisch“ bezeichnet werden,* ***kommentiert der NDS-Leser J.A. so****: „Genau! Paradiesische Zustände zwischen Billiglohn, Leiharbeit, Hartz IV und “Rente erst ab 70”.“*

3. **Schäuble zur Euro-Rettung: “Die deutsche Haftung beträgt … “**
   Die Euro-Rettung ist kompliziert. Da sind die Rettungsschirme ESM und EFSF, da ist von Feuerkraft und Brandschutzmauern die Rede, mit Milliardensummen wird jongliert. Mit wieviel Milliarden bürgt jetzt eigentlich Deutschland? Das ist nicht einfach zu beantworten – selbst für den Bundesfinanzminister.
   Quelle: Tagesschau

   ***Anmerkung WL:*** *Dieses Video sollten Sie sich anschauen, damit Sie einen ungefähren Eindruck bekommen, wie viel aus Ihren Steuergeldern schon an Kapital geflossen ist und in welcher Größenordnung Sie noch haften. Es ist nur noch beängstigend, wie hier von anonymem Institutionen ohne demokratische Kontrolle mit dreistelligen Milliardenbeträgen jongliert wird.*

4. **Lucas Zeise: Rettung für spanische Banken**
   Warum muss der dauerhafte Rettungsschirm ESM unbedingt mit dem vorläufigen EFSF zusammengelegt, also erhöht und aufgestockt werden? Warum müssen die Schwüre der CDU-, FDP- und CSU-Abgeordneten, nie dürfe die Haftungssumme

Deutschlands die im Herbst im Bundestag beschlossenen 211 Milliarden Euro überschreiten, jetzt als albernes Gezeter ahnungsloser Hinterbänkler und als naiver Glaube an leere Versprechungen von Merkel und Schäuble entlarvt werden?
Weil die Lage in der kombinierten Banken-, Staatsschulden- und Euro-Krise unverändert ernst und höchst wackelig bleibt. Die Erholung der Staatsanleihen der europäischen Südländer nach der Geldverteilung der EZB an die Banken hat stattgefunden. Das Geld ist verbraucht. Die Renditen steigen wieder. Besonders stark in Spanien, dessen Staat zu Beginn der Krise weit weniger hoch verschuldet war als der so tugendhafte deutsche. Spanien hat dafür umso mehr Banken, die vor Ausbruch der Finanzkrise mit viel – unter anderem aus Deutschland – hereinströmendem Kapital einen Immobilienboom finanzierten, der mittlerweile in sich zusammengefallen ist. Die Banken sind noch da und auf ihren Hypotheken sitzengeblieben. Ohne den Immobilienboom und dank der von Berlin und Brüssel diktierten Sparpolitik der Regierung verschärft sich die Wirtschaftskrise und steigt die Arbeitslosigkeit weiter scharf an.
Quelle: junge Welt

5. **Millionen beteiligen sich an Generalstreik in Spanien**
Die zwei größten Gewerkschaftsverbände, die Union General de Trabajadores (UGT, Allgemeine Arbeiterunion), die mit der Sozialistischen Partei (PSOE) verbündet ist, und die Comisiones Obreras (CC.OO, Arbeiterkommissionen), die mit der Kommunistischen Partei (PCE) verbündet ist, schätzten, dass sich 77-80 Prozent aller Beschäftigten am Streik beteiligten. Viele andere – Arbeitslose, Schüler, Hausfrauen und Studenten – nutzten sie als Anlass, gegen Kürzungen und Sparmaßnahmen zu protestieren. …
Die neuen Arbeitsmarktreformen gehen noch weiter und tiefer als die, die von der PSOE und den Gewerkschaften im September 2010 durchgesetzt wurden. Der Widerstand gegen diese Reformen zwang die Gewerkschaften auch dazu, zum Generalstreik aufzurufen. Viele der Reformen sind bereits in Kraft, da die Regierung sie im Februar per Erlass einseitig eingeführt hat.
Alle Arbeiter müssen früher oder später einen Vertrag unterschreiben, in dem die Abfindung bei ungerechtfertigter Entlassung auf 33 Tageslöhne pro Beschäftigungsjahr begrenzt wird, mit einem Limit von 24 Monaten. Bisher waren es 45 Tageslöhne mit einem Limit von 42 Monaten gewesen. Wenn die Entlassung aus „Einsparungsgründen“ erfolgt, müssen Unternehmen nur 20 Tageslöhne zahlen.
Den Unternehmen wird die Möglichkeit gegeben, die Arbeitszeiten zu senken, ohne dies dem Arbeitsamt melden zu müssen, Arbeitsplätze abzubauen oder sie in andere Städte zu verlegen. Registrierte Arbeitslose, die Leistungen erhalten, müssen „gemeinnützige Arbeiten“ im Einverständnis mit der öffentlichen Verwaltung

erledigen.
Jugendliche werden in billige Praktikumsverträge gezwungen. Sie können bis zum 30. Lebensjahr von einem Maßnahme in die nächste gezwungen werden.
Das Gesetz untergräbt die nationalen Tarifvereinbarungen und erlaubt Firmentarifverträge. Das Parlament hat den Arbeitsmarktreformen bereits zugestimmt und der Senat stimmte gestern während des Generalstreiks zu.
Quelle: WSWS

6. **Fiskalpakt: SPD-Troika präsentiert gemeinsame Position**
   Die sogenannte SPD-Troika hat eine gemeinsame Stellungnahme zum Fiskalpakt veröffentlicht. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung fordern der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, und der einstige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück eine Finanztransaktionssteuer sowie Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Sie stellen jedoch kein Junktim zwischen diesen Forderungen und der Zustimmung der SPD zum Fiskalpakt im Bundestag her.
   Quelle: faz.net

   ***Anmerkung WL:*** *Wie nicht anders zu erwarten und wie üblich hat die SPD-Spitze mit der Forderung nach einem Junktim zwischen Fiskalpakt und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie einem Wachstumsprogramm mal wieder die Backen aufgeblasen, aber bevor sie gepfiffen hat, ging ihr die Luft aus. Steinmeier und Steinbrück haben den Luftikus Gabriel wieder eingefangen. Es ist geradezu peinlich, wie sich nun alle drei in einem gemeinsamen Artikel in der FAZ als Einheit präsentieren müssen.*

7. **Sparen kommt teuer – und gefährdet Mensch und Leben: Das Beispiel kommunale Infrastruktur**
   Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) traf im März 2011… folgende Aussage: „Mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete Ende 2010 ist davon auszugehen, dass die Investitionstätigkeit der Kommunen 2011 wieder zurückgehen wird. Zwar führen die aktuelle Erholung der deutschen Wirtschaft und die damit ansteigenden Gewerbesteuereinnahmen voraussichtlich zu einer leichten Erholung der kommunalen Haushaltslage. Aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte wird die finanzielle Situation jedoch angespannt bleiben und somit der weitere notwendige Abbau des hohen Investitionsrückstandes erheblich erschwert werden.“ Insgesamt konnte nur „ein kleiner Teil der Investitionsrückstände abgebaut werden.“
   Während also der Bundeswirtschaftsminister den „konsequenten Ausstieg“ aus den

Krisenmaßnahmen feierte, gab die KfW zu bedenken, dass der Abbau des durch die Konjunkturpakete etwas abgeschwächten Investitionsrückstands dann wieder „erheblich erschwert“ werden dürfte.
Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft

8. **Blaue Karte soll den Zuzug ausländischer Akademiker erleichtern**
[…]Eine weitere Voraussetzung für den neuen Aufenthaltstitel ist, dass Bewerber ein Arbeitsverhältnis vorweisen können, mit dem ein Bruttojahresgehalt von mindestens 44.000 Euro erzielt wird. Damit wird die bisherige Gehaltsschwelle von derzeit 66.000 deutlich abgesenkt. Für Berufe, in denen „ein besonderer Bedarf an Drittstaatsangehörigen“ besteht, ist die Gehaltsgrenze nochmals niedriger: Für die Erteilung der Blauen Karte EU an Naturwissenschaftler, Mathematiker, Ingenieure, Ärzte und IT-Fachkräfte soll die Gehaltsgrenze 33.000 Euro pro Jahr betragen. Für Ehepartner der Fachkräfte, die eine so genannte Blue Card erhalten, ist „das sofortige und uneingeschränkte Recht auf Zugang zu jeder Beschäftigung“ vorgesehen.[…]
Quelle 1 : Bundestag
Quelle 2 : ZEIT online

***Anmerkung des NDS-Lesers J.L.:*** *Ein weiteres Instrument zum fröhlichen Lohndrücken bzw. Lohnsteigerung verhindern, und unsere “Qualitätsmedien” berichten kaum was darüber. Vor allem im Bezug auf die DIW Studie, dass wir gar keinen Fachkräftemangel bei Ingenieuren haben werden [PDF – 265 KB].*
***Ergänzende Anmerkung WL:*** *Wenn man schon – vorsorglich, weil man viele Griechen, Spanier oder Portugiesen als Flüchtlinge aus der dortigen Wirtschaftsmisere fürchtet – EU-Zuwanderern Hartz IV streicht, muss man für sie im Gegenzug auch die Gehaltsgrenze senken.*

9. **Hartz IV Regelsatz 511 Euro**
Der Namensgeber der unsäglichen Arbeitsmarktreform Hartz IV, Peter Hartz hatte in eine ARD-Dokumentation mit dem Titel „Auf der Suche nach Peter Hartz“ gesagt, dass der ursprüngliche Vorschlag der damaligen „Hartz Kommission“ einen Eckregelsatz von 511 Euro andachte. Laut des verurteilten Ex-VW-Managers Peter Hartz habe über die Höhe des Arbeitslosengeld II Regelsatzes im Jahre 2002 ein „großes Einvernehmen“ geherrscht. Doch zehn Jahre nach dieser Berechnung sind die Regelleistungen nicht annähernd so hoch, wie damals angeblich berechnet wurde.
Quelle 1: gegen-hartz.de
Quelle 2: Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe hat die Berechnungen ausfindig gemacht [PDF – 68,5 KB]
10. **Streit um das Bildungspaket: Statistik gegen Statistik**

Die Regierung hatte 2011 das 642-Millionen-Euro-Programm aufgelegt, weil zuvor das Bundesverfassungsgericht den Hartz-IV-Satz für Kinder als zu niedrig beurteilt hatte. Aber statt jedem Kind einen höheren Hartz-IV-Satz auszubezahlen, beschloss die schwarz-gelbe Koalition, die Familien beantragen und nachweisen zu lassen, wo und wie ihr Kind finanzielle Unterstützung braucht. Eine vom Arbeitsministerium in Auftrag gegebene, am Freitag präsentierte Studie soll nachweisen, dass „das Paket gut angekommen ist“, wie Ursula von der Leyen betont, und dass es „zielgenau“ wirkt. Letztlich aber bleibt es dabei, dass im Schnitt nur 54 Prozent aller berechtigten Familien, also etwas mehr als die Hälfte, Unterstützung beantragt haben. Und dass, wie die Ministerin auf Nachfrage einräumte, 136 der 642 Millionen Euro in die Verwaltung des Fonds geflossen sind.
Quelle: taz

***Anmerkung Orlando Pascheit:*** *Die Frage, ob das sogenannte Bildungspaket ankommt, hängt doch nicht nur von der Bürokratie ab, sondern vor allem auch davon, ob hier angemessene Beträge ausgezahlt werden. Musikunterricht für 10 Euro im Monat ist doch ein Witz. Und die Nachhilfe? So schön es ist, dass nun versetzungsgefährdete Schüler der Hartz-IV-Unterschicht über Nachhilfe die nächste Klasse erreichen können, sofern sie denn die Anträge rechtzeitig durchbekommen, für die höheren Stände ist Nachhilfe schon längst eine Rundumversorgung während der gesamten Schulzeit, um die Chance ihres Nachwuchses dauerhaft auf den Übertritt aufs Gymnasium und den studiumsentscheidenden guten Abschluss zu gewährleisten. Wollen Hartz-IV-Eltern ihr Kind in der vierten Grundschulklasse von einem Notendurchschnitt 3 auf 2,5 zu heben, um die Empfehlung für eine bestimmte Schulform zu erhalten, ist nicht mit staatlich geförderter Nachhilfe zu rechnen. – Die Forderung des Tages ist immer noch: Ein Schulsystem, das jeden Schüler bestmöglich fördert und Nachhilfe weitgehend überflüssig macht.*

11. **Herausforderung Energiewende: Fördergelder fließen – aber zu wenig in die Entwicklung**
Die Debatte zur Solarstromförderung stimmt nicht gerade optimistisch. Die überfällige Kürzung der Subventionen trifft auf Widerstand in der Branche und bei den Ländern. Dabei sind die Probleme der deutschen Photovoltaikfirmen großenteils selbst verschuldet. Seit 2011 brechen die Gewinne ein, weil sich unter der warmen Subventionsdusche niemand ernsthaft darum bemüht hat, zu weltmarktfähigen Preisen zu produzieren. Die deutsche Solarindustrie steckt in der Krise, weil sie mit ihren satten Gewinnen zu wenig Forschung und Entwicklung betrieben hat. Den aktuellen Weltrekord von 20,3 Prozent Wirkungsgrad für klassische Silizium-Module,

sogenannte P-Wafer, hält der chinesische Weltmarktführer Suntech. Am wissenschaftlichen Umfeld liegt das nicht, denn die Photovoltaikforscher am Fraunhofer-Institut in Freiburg, am Helmholtz-Zentrum in Berlin und anderen Einrichtungen gehören nach wie vor zur Weltspitze. Auch die deutschen Windanlagenbauer haben sich in den fetten Jahren nicht um die Zukunft gekümmert. Deshalb sind Probleme der Windkrafterzeugung auf hoher See bis heute ungelöst, obwohl ohne sie eine zuverlässige Grundversorgung nicht denkbar ist. Die deutschen Windradhersteller haben sich, wie die Solarbranche, von der ausländischen Konkurrenz überholen lassen. Das einzige „deutsche“ Unternehmen unter den ersten zehn der Weltrangliste ist ein dänischer Windanlagenhersteller, der 2004 von Siemens gekauft wurde. – Die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir uns eingestehen, dass die dafür erforderlichen Technologien noch gar nicht existieren. Daraus ergeben sich drei Konsequenzen. Erstens müssen Forschung und Entwicklung, die Schrittmacher des Reformprozesses, staatlich gesteuert und massiv gefördert werden. Wer Subventionen erhält, muss sich an dieser Aufgabe beteiligen. Zweitens sollte der Schulterschluss mit den europäischen Partnern gesucht werden. Dass Deutschland die gewaltigen technischen Probleme alleine löst, ist illusorisch. Um das alles zu koordinieren ist, drittens, eine zentrale Steuerung notwendig. Dazu müssen zunächst einmal Umwelt und Energie zu einem gemeinsamen Projekt verschmelzen. Ein „Bundesministerium für Umwelt und Energie“ wäre ein guter Anfang. Alles Weitere ist kein planbarer Prozess, sondern ein Abenteuer mit unbekannten Herausforderungen.
Quelle: Tagesspiegel

12. **Produktion von iPhones: 61 Wochenstunden am Produktionsband**
In drei untersuchten Fabriken des Elektronikgiganten Foxconn in China stehen die Arbeitskräfte durchschnittlich 56 Wochenstunden am Band. In Spitzenzeiten sogar 61 Stunden, wobei dann mehr als die Hälfte der Beschäftigten mindestens elf Tage ohne eine 24-stündige Pause durcharbeiten. 43 Prozent der Befragten erlebten schon Arbeitsunfälle, weshalb sich die Mehrheit auch Sorgen um ihre Sicherheit und Gesundheit macht. 14 Prozent beklagten, dass sie Überstunden nicht voll bezahlt bekommen. Das ergab die erste vom Apple-Konzern bei der industrienahen Arbeitsrechtsorganisation FLA (Fair Labor Association) in Auftrag gegebene Untersuchung von Foxconn-Fabriken. Der taiwanische Foxconn-Konzern ist mit 1,2 Millionen Beschäftigten in der Volksrepublik Chinas größter private Arbeitgeber. Als Apples Hauptlieferant produziert Foxconn iPods, iPhones und iPads, fertigt aber auch für andere IT-Marken.
Apple und Foxconn gaben an, den Empfehlungen der Untersuchung folgen zu wollen. So wolle Foxconn bis Juli 2013 die Arbeitszeiten auf das in China zulässige Maximum von 49 Wochenstunden inklusive Überstunden reduzieren. Trotz der vielen

Überstunden waren 48 Prozent der Befragten mit ihrer Arbeitszeit zufrieden, 34 Prozent wollten sogar noch mehr arbeiten. Kein Wunder, denn 64 Prozent sagten, dass sie von ihrem Gehalt ihre Grundbedürfnisse nicht decken können.
Quelle: taz

***Anmerkung Orlando Pascheit:*** *Ist es nicht bezeichnend, dass der im Umgang mit ausländischen Unternehmen nicht gerade zimperliche chinesische Staat, anscheinend kaum Wert darauf legt, das "zulässige Maximum von 49 Wochenstunden inklusive Überstunden" durchzusetzen?*

13. **Die instrumentalisierte Zukunftsangst: Gesetzliche oder private Rentenversicherung, wer hat den Nutzen?**
Müssen wir die demographische Entwicklung wirklich fürchten?
Warum wird seit der Jahrtausendwende so viel über Bevölkerungsstatistik gesprochen? Wieso soll die private Rente „demographiefest" sein? Und wem nutzt das alles?
Gerd Bosbach kennt durch seine langjährige Tätigkeit als Statistikberater in der Politik und im Gesundheitsbereich die Kraft scheinbar objektiver Zahlen – und deren interessengeleitete Interpretation. Aus dieser Erfahrung heraus beschreibt er oft übersehene, wichtige Zusammenhänge. So zeigt der Blick in das letzte Jahrhundert eine massive Alterung ohne Einschnitte in das soziale Netz, ganz im Gegenteil.
Bestimmt die Demographie wirklich das Wohlergehen von Gesellschaften oder übernimmt sie nur die Rolle des Sündenbocks, um von anderem abzulenken?
Prof. Dr. Gerd Bosbach.
Quelle: SWR Tele-Akademie 2011
14. **Brandbrief der Chefärzte der Rhön- Uniklinika Marburg Gießen im Original**
Da ein Scheitern des Projektes im Raum steht, sollte eine Alternative, z. B. die Rückführung der Privatisierung sehr rechtzeitig geprüft werden, bevor durch Rufschädigung und Weggang von Kompetenzträgern ein schwer wieder gut zu machender Schaden entstanden ist.
Quelle: Konferenz der Universitäts-Klinikdirektoren in Gießen und Marburg [PDF – 78 KB]
15. **Sozialistisches Ergebnis für FDP-Hoffnungsträger Lindner**
Der FDP-Landesverband in Nordrhein-Westfalen hat den früheren Generalsekretär der Bundespartei, Christian Lindner, mit großer Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gekürt. Lindner erhielt am Sonntag in der Landeswahlversammlung in Duisburg 99,8 Prozent der Stimmen. Zusätzlich wurde erwartet, dass er den Landesvorsitz der Partei von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr übernimmt.

Nach der desaströsen Landtagswahl im Saarland steht die FDP auch in NRW vor einem Ergebnis unterhalb der Fünfprozenthürde. An der Saar erreichte sie nur 1,2 Prozent der Stimmen und verfehlte den Einzug ins Parlament.
Quelle: FTD

***Anmerkung WL:*** *Dieser Beitrag ist nur deshalb eines Hinweises wert, weil er belegt, dass Lindner ein Liebling der Journalisten ist. Selbst in die Tagesschau schaffte es der Bericht über den Parteitag einer Splitterpartei. Prüfen Sie einmal selbst: 395 Artikel über den Parteitag der FDP verzeichnet Google heute früh und nahezu alle feierten Lindner. Über den Landesparteitag der SPD gab es nur 280 Nachrichtenartikel und über den zeitgleich stattfindenden Parteitag der NRW-Linken bot die gleiche Suchmaschine zur gleichen Zeit gerade einmal 26 Artikel an. Deutlicher kann man die Meinungsmache der Medien nicht belegen.*

16. **Marketing an Schulen: Fitmachen für die Verwertungskette**
An Schulen präsentieren Unternehmensberater und Versicherungen wie Allianz und McKinsey ihre Produkte. Verbraucherschützer sind wenig begeistert.
Quelle: taz
17. **"Gefährlicher als Werbung"**
Der Sozialwissenschaftler Reinhold Hedtke kritisiert die Verschleierungstaktik von Unternehmensvertretern im Unterricht: „Diese Leute machen vielleicht keine Werbung, aber sie vertreten die Interessen ihrer Branche. Und sie vermitteln den Kindern und Jugendlichen den Eindruck, da kommen Experten, die uns verstehen, und senken so die Hemmschwelle, Versicherungen abzuschließen oder Wertpapiere zu kaufen. Das ist viel gefährlicher als plumpe Werbung."
Quelle: taz
18. **Gute Noten für Niedersachsens Hochschulfinanzierung**
Dass externe Fachleute das Hochschulfinanzierungssystem eines Bundeslandes auf Wunsch der jeweiligen Landesregierung unter die Lupe nehmen, ist nicht ungewöhnlich. Im Fall Niedersachsen jedoch hat die Arbeitsgruppe unter der Leitung des Gemeinnützigen Centrums für Hochschulentwicklung, kurz CHE, nicht nur trockene Daten über das staatliche Finanzierungssystem ausgewertet. Hier wurden – und das ist nicht immer üblich – auch die befragt, die es betrifft: die niedersächsischen Hochschulen und vor allem ihre Präsidenten und Rektoren.
Quelle: DLF Campus und Karriere

***Anmerkung WL:*** *Diese Sendereihe des DLF wird in eingeweihten Kreisen oftmals zu Recht als „Schampus und Karriere" verulkt. Dieser Beitrag ist ein Beispiel für Angepasstheit, ja man muss sagen, die Unbelecktheit vieler Autoren oder Autorinnen*

*dieser Sendung. Das geht schon damit los, dass das bertelsmannsche Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) schlicht als neutral und „gemeinnützig“ eingeführt wird. Selbstverständlich ist deshalb auch, dass das CHE als Motor der Einführung der Studiengebühren, diese als „Vorteil“ im bundesweiten „Wettbewerb“ lobt. Und selbstverständlich gilt es nur die Grundfinanzierung häufiger zu überprüfen und nicht etwa die Steuerung der Hochschulden durch die Einwerbung von Drittmitteln.*

19. **Bildung ohne Reibach!**
Die chilenische Protestbewegung stellt die Systemfrage.
Sieben Monate lang haben Schüler und Studenten letztes Jahr mit Demonstrationen, Streiks und Besetzungen von Schulen und Hochschulen das politische Establishment Chiles in Atem gehalten. Sie konnten dadurch eine landesweite Diskussion über das marode Bildungswesen erzwingen. Es war bis 1981 staatlich finanziert, wurde während der Militärdiktatur privatisiert und ist immer mehr zum Spekulationsobjekt von Investoren geworden. Dagegen wehren sich die Jugendlichen mit Vehemenz. Und sie werden dabei von nahezu 80 Prozent der Chilenen unterstützt. Doch inzwischen fordern sie nicht nur kostenlose Bildung, sondern stellen auch das neoliberale Grundprinzip der Politik infrage. Der studentische Protest ist zu einer Bürgerbewegung geworden. Sendung am Mittwoch, 11.4. | 22.05 Uhr | SWR2
Quelle: SWR
20. **Verleumdete Journalisten: Von Drohung bis Rufmord**
Jetzt stellen Sie sich bitte mal Folgendes vor: Sie sind Journalist und haben eine Riesen-Sauerei aufgedeckt. Es geht um Spenden. Sie wurden gesammelt, aber nicht immer korrekt weitergeleitet. Sie berichten darüber, doch statt Anerkennung, kriegen Sie jede Menge Ärger, werden bedroht und mit Prozessen überzogen. Mehr noch: Sie werden diffamiert. Denn der Gegner, mit dem sie sich angelegt haben, hat Macht, Geld und Zeit. Und flutet Redaktionen mit Schmähbriefen. Auch wir haben sie bekommen. Im Visier: Ein Wirtschaftsjournalist. Einer von vielen.
Quelle: NDR-ZAPP
21. **Unterbezahlt und hoch gefährdet: Leiharbeiter im französischen Atompark**
58 Atommeiler sind in Frankreich zurzeit in Betrieb. Deren Wartung wird alljährlich durchgeführt. Dafür werden die Anlagen abgeschaltet, die Brennstäbe in Abklingbecken gelagert, altersmüde Teile ausgetauscht und rund um die Reaktorherzen die radioaktiven Partikel bestmöglich entfernt. 80 Prozent dieser Wartungsarbeiten erledigen heute Arbeiter von Subunternehmen. Sie sind der höchsten Strahlendosis ausgesetzt. “Atom-Nomaden” seien sie, sagen diese Arbeiter, denn sie reisen von Kernkraftwerk zu Kernkraftwerk. Ihr Zeitdruck ist enorm. Dennoch übersteigt der Basislohn kaum den SMIC, den gesetzlich festgelegten

Mindestlohn von 1400 Euro brutto, den die rund 30.000 “Atom-Nomaden” für ihre gefährliche Arbeit bekommen.
Quelle 1: Deutschlandradio
Quelle 2: Podcast

22. **Das mühsame Ringen um die Ghettorenten**
Reichen fünf Kartoffeln oder ein Teller Suppe am Tag aus, um einen Anspruch auf Rente zu haben? Konnten sich Juden im Ghetto ihre Arbeit frei aussuchen? An wen wurden Rentenbeiträge für sie bezahlt? Diese makabren Fragen beschäftigen seit Jahrzehnten deutsche Rentenversicherungen und Gerichte.
Quelle: Bayerischer Rundfunk Bayern 2
23. **Zu guter Letzt: Was machen eigentlich die Wulffs?**

Quelle: Stern